

Arbeitskreis 2

(Arbeitsprache: Deutsch)

Ein besseres Europa im Zeichen eines geringeren Haushalts – wie geht das?

Die Europäische Union entscheidet alle sieben Jahre über ihre künftigen Finanzen. Der Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Periode 2021 bis 2027 wurde am 2. Mai 2018 von der Europäischen Kommission vorgelegt. Der MFR ist nicht nur der EU-Haushalt, er gibt auch die inhaltlichen Prioritäten vor. Er legt somit fest, in welche Richtung die Europäische Union in den nächsten Jahren gehen soll, welche Schwerpunkte einnahmen- und ausgabenseitig gesetzt werden. Die kommende Periode ist von verschiedenen Herausforderungen geprägt. Bestehende Schwerpunkte sollen angemessen weiterhin finanziert werden, es gilt aber auch neue Herausforderungen wie z.B. den Schutz der Außengrenzen, die gemeinsame Verteidigungspolitik und den wachsenden Migrationsdruck zu berücksichtigen. Dazu kommt die Finanzierungslücke, die durch den Austritt Großbritanniens aus der EU entsteht.

Im Vorfeld wurden mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas vom März 2017 und in der Mitteilung der Kommission zu einem neuen, modernen mehrjährigen Finanzrahmen vom Februar 2018 bereits mögliche Szenarien für die Zukunft Europas vorgezeichnet und im derzeit vorliegendem Vorschlag zum MFR entsprechend aufgenommen. Die inhaltlichen und finanziellen Schwerpunktsetzungen wie auch den Gesamtrahmen des EU-Haushaltes gilt es in der nächsten Zukunft zu verhandeln. Die Entscheidung über den MFR muss vom Rat nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments einstimmig gefällt werden, was bedeutet, dass letztlich jeder Mitgliedsstaat dem neuen Haushalt zustimmen muss!

Vorsitz: **Hubert Wachter**, Publizist und Autor, St. Pölten

Einführungsreferate:

Lukas Mandl, Mitglied des Europäischen Parlaments, Österreich, Brüssel/Gerasdorf

Friedrich Mostböck, Head of Group Research, Erste Group Bank AG, Wien

Thomas Salzer, Präsident, Industriellenvereinigung Niederösterreich, Wien

Oliver Dreute, Berater für den Mehrjährigen Finanzrahmen, Europäische Kommission (European Political Strategy Centre), Brüssel